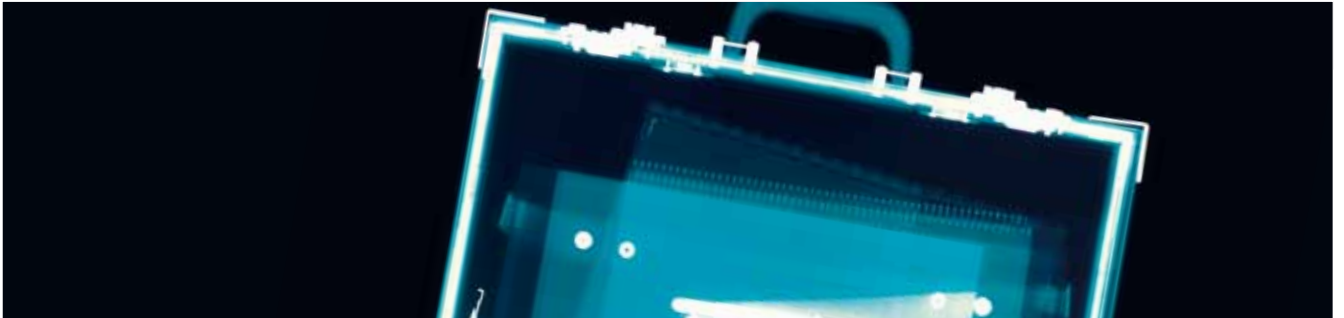


Standpunkt



KFW-NACHHALTIGKEITSINDIKATOR 2010

Nr. 6, November 2010

Herausgeber
KfW Bankengruppe
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main
Telefon 069 7431-0
Telefax 069 7431-2944
www.kfw.de

Redaktion
KfW Bankengruppe
Abteilung Volkswirtschaft
research@kfw.de

Anke Brüggemann
Telefon 069 7431-1736

Dr. Klaus Borger
Telefon 069 7431-2455

Alexander Klein
Telefon 069 7431-3307

Dr. Vivien Lo
Telefon 069 7431-4852

Dr. Volker Zimmermann
Telefon 069 7431-3725

ISSN 1869-5159

Frankfurt am Main, November 2010

Datenstand: September 2010

KFW-NACHHALTIGKEITSINDIKATOR 2010

1. Vorbemerkung: Motivation und Methodik

Die Wirtschafts- und Finanzmarktkrise hat die Diskussion um alternative Konzepte zur Wohlstandsmessung neu belebt. Infrage gestellt wird nicht nur die generelle Rationalität von Marktergebnissen, sondern insbesondere die Eignung von Maßen wie Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder BIP pro Kopf, Wohlfahrt oder Zufriedenheit hinreichend zu erfassen. Auch wenn das BIP vom Konzept her lediglich den Anspruch erhebt, die primär über den Markt vermittelte Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft und damit – wenn überhaupt – die ökonomische Basis von Wohlstand zu messen, so wird es in der öffentlichen Diskussion doch häufig unreflektiert als „das“ Maß für gesellschaftlichen Wohlstand angesehen. Diese Haltung birgt die Gefahr, dass wirtschaftspolitische Maßnahmen allein oder zumindest zu einseitig anhand ihrer Wachstumswirkungen beurteilt werden. Gefordert ist deshalb ein umfassenderes Verständnis von gesellschaftlichem Wohlergehen, welches über das vom BIP abgebildete Wirtschaftswachstum hinausgeht. Insbesondere ist das BIP konzeptionsbedingt ungeeignet, die negativen externen Umwelteffekte unseres Wirtschaftens (z. B. Belastungen von Luft, Wasser und Boden), aber auch wesentliche soziale Aspekte wie etwa Verteilungsfragen, Gesundheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu reflektieren. Es zeichnet insofern nur ein unvollständiges Bild vom tatsächlichen Wohlergehen sowie der Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft und muss deshalb um entsprechende Indikatoren ergänzt werden. Die Vorschläge etwa der Sitglitz/Fitoussi/Sen-Kommission sind in diesem Zusammenhang ein international viel beachteter Ansatz. Auch das international anerkannte Leitbild der nachhaltigen Entwicklung hat seine Wurzeln in der Kritik, dass der exklusive Fokus der Politik auf BIP bzw. Wirtschaftswachstum nicht zielführend ist. Zugleich fordert es, die langfristige Tragfähigkeit unseres Wirtschaftens einschließlich aller ökologischen und sozialen Konsequenzen deutlich stärker in den Fokus unserer Aufmerksamkeit zu rücken. Hierzu möchte der KfW-Nachhaltigkeitsindikator einen Beitrag leisten.

Die Vereinten Nationen erklärten das Prinzip der Nachhaltigkeit 1992 auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro zu einem global geltenden politischen Leitbild des 21. Jahrhunderts. Der Gedanke der Nachhaltigkeit verbindet ökologische Verantwortung mit wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialer Gerechtigkeit. Deutschland gehört zu den über 170 Unterzeichnerstaaten dieser UN-Erklärung. Als Förderbank unterstützt die KfW Bankengruppe mit ihren Finanzierungen die Umsetzung von Nachhaltigkeit im In- und Ausland und mit ihrem Research den Erkenntnisgewinn zu Nachhaltigkeit.

Um den Stellenwert von Nachhaltigkeit im gesellschaftlichen Bewusstsein zu stärken und den Dialog um die Realisierung zu fördern, muss einerseits das komplexe Leitbild Nachhaltigkeit vereinfacht werden – nur so kann die Gesamtentwicklung von Nachhaltigkeit gemessen werden –, andererseits müssen seine Einzelelemente abgebildet werden, die in ihrer Vielfalt Nachhaltigkeit ausmachen. Um diese Anforderungen zu erfüllen, wurde der KfW-Nachhaltigkeitsindikator entwickelt. Er wurde 2007 erstmals veröffentlicht und gibt quantitativ Auskunft über den Fortschritt der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland. 2010 wurde er einer grundlegenden Überarbeitung unterzogen.

Um das abstrakte Konzept von Nachhaltigkeit zu konkretisieren und die verschiedenen Dimensionen von Nachhaltigkeit abzubilden, hat die KfW Bankengruppe Anregungen aus der wissenschaftlichen Literatur und der Umsetzungspraxis aufgegriffen. Für die Themenbereiche Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaftlicher Zusammenhalt wurden geeignete Schlüsselthemen identifiziert und mit passenden Basisindikatoren unterlegt, die die Entwicklung in diesen Bereichen quantifizieren. Die Entwicklung der Nachhaltigkeitssituation im Zeitablauf wird anhand der Veränderungen der Basisindikatoren gemessen. Die für alle Basisindikatoren einheitliche Benchmark lautet, mindestens so gut wie oder besser zu sein als im Durchschnitt der jüngeren Vergangenheit, wobei diese als gleitende Zehnjahresperiode vor dem jeweiligen Bezugsjahr definiert wird. Inwiefern sich einzelne Basisindikatoren im Hinblick auf etwaige politische Zielvorgaben positiv oder negativ entwickeln, wird bei der Berechnung des KfW-Nachhaltigkeitsindikators nicht berücksichtigt, jedoch auf Ebene der Basisindikatoren kommentiert.

Die Verdichtung der Einzelinformationen bis hin zu einem Gesamtwert des KfW-Nachhaltigkeitsindikators erfolgt mittels eines Scoreverfahrens (Einsatz einer fünfwertigen Punkteskala mit -2 als Minimal- und +2 als Maximalergebnis). Angesichts der Schwierigkeit der Festlegung einer objektiven Gewichtung hat sich die KfW Bankengruppe dafür entschieden, auf jeder Aggregationsebene alle Indikatoren gleichgewichtet zu berücksichtigen. Um der Mehrdimensionalität von Nachhaltigkeit gerecht zu werden, wird nicht nur der Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators berichtet, der eine Gesamtaussage über die nachhaltige Entwicklung in Deutschland ermöglicht, sondern es werden auch die Ergebnisse auf den verschiedenen Aggregationsebenen bis hin zu den Basisindikatoren dargestellt.

Im Folgenden werden die Ergebnisse des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2010 detailliert beschrieben.

Zur Interpretation des KfW-Nachhaltigkeitsindikators

Ausführliche Informationen zur Konstruktion des KfW-Nachhaltigkeitsindikators sind unter www.kfw.de/kfw/de/KfW-Konzern/Research/Wirtschaftsindikatoren/KfW-Nachhaltigkeitsindikator/index.jsp abrufbar.

Bei der Interpretation der Kurvenverläufe des KfW-Nachhaltigkeitsindikators gilt:

Ein Scorewert von Null signalisiert, dass das betrachtete System im Durchschnitt die Benchmark – definiert als Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – erreicht. Ein positiver Score weist darauf hin, dass die Benchmark übertroffen ($0 < \text{Scorewert} \leq 1$) oder sogar stark übertroffen wird ($1 < \text{Scorewert} \leq 2$), wohingegen ein negativer Scorewert anzeigt, dass die Benchmark verfehlt wurde – und zwar umso mehr, je näher der durchschnittliche Scorewert in dem betrachteten Bereich bei -2 liegt.

2. Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2010

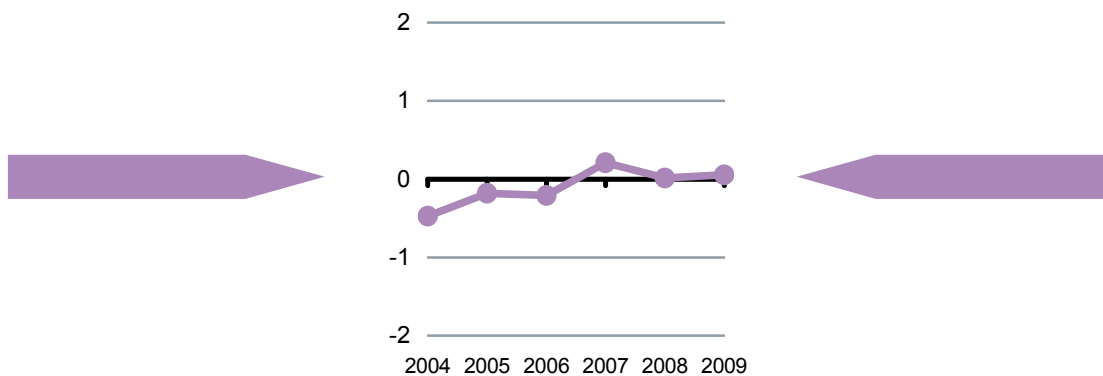
KfW-Nachhaltigkeitsindikator

Überblick

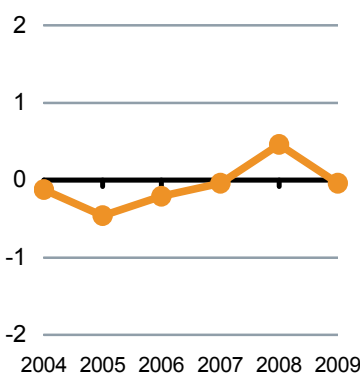
Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre

Scorepunkte	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Wirtschaft	-0,1	-0,5	-0,2	0,0	0,5	0,0
Umwelt	-0,3	0,0	0,0	0,4	-0,6	0,5
Gesellschaftlicher Zusammenhalt	-1,0	-0,1	-0,4	0,3	0,2	-0,3
Insgesamt	-0,5	-0,2	-0,2	0,2	0,0	0,1

KfW-Nachhaltigkeitsindikator insgesamt



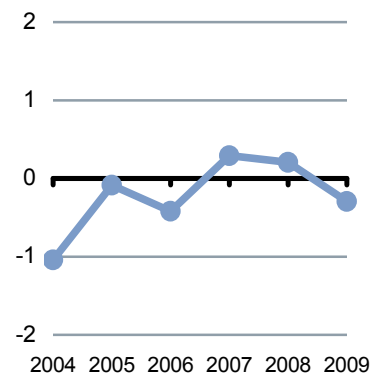
Wirtschaft



Umwelt



Gesellschaftlicher Zusammenhalt



Quelle: KfW Bankengruppe

Grafik 1: Gesamtüberblick über die Ergebnisse des KfW-Nachhaltigkeitsindikators 2010

Im Berichtsjahr 2009 konnten per saldo leichte Fortschritte im Bereich der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland erzielt werden. Der **Gesamtscore des KfW-Nachhaltigkeitsindikators** verbesserte sich 2009 gegenüber dem Vorjahr um 0,1 Zähler auf den Wert von 0,1, was im Mittel eine leichte Übererfüllung der vergangenheitsorientierten Benchmark – defi-

niert als gleitender Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre – anzeigt. Die Entwicklung in den drei Nachhaltigkeitsdimensionen verlief allerdings unterschiedlich.

Die Ergebnisse der Nachhaltigkeitsdimensionen Wirtschaft und Umwelt im Jahr 2009 wurden entscheidend von den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise geprägt. Krisenbedingt trübte sich die Nachhaltigkeitssituation beim Wohlstand, der Staatsverschuldung und den Innovationen deutlich ein. Der Gruppenscore der **Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft** verlor 2009 folglich gegenüber dem Vorjahr 0,5 Zähler und fiel auf 0,0 Scorepunkte zurück. Dass trotz der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise die vergangenheitsorientierte Benchmark nicht unterschritten wurde, zeugt jedoch von einer fundamental soliden wirtschaftlichen Verfassung Deutschlands. Der Gruppenscore der **Nachhaltigkeitsdimension Umwelt** dagegen hat kurzfristig von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise profitiert. Insbesondere durch den konjunkturbedingten starken Rückgang des Energieverbrauchs und den daraus resultierenden Minderungen der Treibhausgasemissionen konnte sich der Gruppenscore Umwelt im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Zähler auf 0,5 deutlich verbessern. Somit stellt sich die Entwicklung im Umweltbereich insgesamt besser dar als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre; mit dem Anziehen der Konjunktur wird sich dieses Bild jedoch leicht wieder umkehren können. In jedem Fall ist positiv hervorzuheben, dass 2009 trotz des wirtschaftlich schwierigen Umfelds der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland weiter vorangetrieben werden konnte. Der Gruppenscore der **Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt** schließlich fiel 2009 gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Zähler auf den Wert von -0,3. Lag das Vorjahresergebnis noch über der vergangenheitsorientierten Benchmark, so liegt der Wert für 2009 somit jetzt unter dem gleitenden Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre. Am stärksten negativ ins Gewicht fiel dabei der Rückgang beim Schlüsselthema Politische Teilhabe aufgrund unterdurchschnittlicher struktureller Wahlbeteiligungen im „Superwahljahr 2009“. Hervorstechend ist der krisenfeste Trend beim Schlüsselthema Bildung, dessen Score auf den Maximalwert von 2,0 anstieg (Vorjahr 1,7).

2.1 Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft

KfW-Nachhaltigkeitsindikator

Wirtschaft

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre

Scorepunkte	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Wohlstand						
Realer Konsum pro Kopf	-2	-1	1	-1	1	0
Freizeit pro Erwerbstätigem	1	-2	-1	-1	2	0
Wohlstand insgesamt	-0,5	-1,5	0,0	-1,0	1,5	0,0
Staatsverschuldung						
Staatsschuldenquote	0	0	1	2	0	-2
Zinslastquote des Staates	2	2	1	2	2	2
Staatsverschuldung insgesamt	1,0	1,0	1,0	2,0	1,0	0,0
Innovationen						
Forschungs- und Entwicklungsausgaben	2	2	1	1	1	2
Patentanmeldungen	-2	-1	-1	-1	0	-2
Innovatorenquote	0	1	-1	1	0	-2
Innovationen insgesamt	0,0	0,7	-0,3	0,3	0,3	-0,7
Zukunftsvorsorge						
Nettoanlageinvestitionen	-2	-2	-1	-1	0	-1
Bildungsausgaben (VGR)	0	-2	-2	-2	-2	2
Zukunftsvorsorge insgesamt	-1,0	-2,0	-1,5	-1,5	-1,0	0,5
Wirtschaft insgesamt	-0,1	-0,5	-0,2	0,0	0,5	0,0

Die seit 2006 eingeschlagene, positive Entwicklung der deutschen Wirtschaft unter dem Blickwinkel der Zukunftsfähigkeit setzte sich im Jahr 2009 nicht fort. Erstmals seit vier Jahren gab der Gruppenscore der Nachhaltigkeitsdimension Wirtschaft im Vorjahresvergleich nach: Auf der fünfwertigen Scoreskala von -2 bis 2 verlor er 0,5 Zähler auf 0,0 Scorepunkte. Die Verschlechterung der Nachhaltigkeitssituation ist der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise geschuldet, die Deutschland als führende Exportnation besonders getroffen hat (das reale BIP schrumpfte 2009 um 4,7 %). Die Tatsache, dass die auf ein Scoreergebnis von Null normierte Benchmark – der gleitende Durchschnitt der dem Bezugsjahr vorangegangenen zehn Jahre – trotz Krisenbelastung nicht unterschritten wurde, zeugt allerdings von einer vergleichsweise soliden wirtschaftlichen Verfassung. Zusammen mit 2007 ist das Jahresergebnis von 2009 das zweitbeste in dem rollierenden Sechsjahresfenster des KfW-Nachhaltigkeitsindikators nach 2008.

Das Schlüsselthema Wohlstand erzielte 2009 (0,0) einen deutlich schlechteren Score als 2008 (1,5). Beide Basisindikatoren des Wohlstands – Gesamtkonsum und Freizeit – fielen 2009 auf einen Nullscore zurück. Das Konsumergebnis wäre ohne die rezessionsdämpfenden

den konjunkturellen Impulse des Staates aber wohl noch ungünstiger ausgefallen. Dadurch, aber auch wegen der Rettungsmaßnahmen im Bankensektor sowie der konjunkturbedingten Einnahmeausfälle und Mehrausgaben trübte sich die Nachhaltigkeitssituation bei der Staatsverschuldung deutlich ein (Score 0,0; -1,0 Zähler gegenüber 2008). Einen ebenso großen Einbruch um einen Zähler verzeichnete 2009 auch das Schlüsselthema Innovationen, dessen Score erstmals seit 2006 unter die Nulllinie fiel (-0,7). Gestützt wurde das Gesamtergebnis hingegen durch die markante Verbesserung bei der Zukunftsvorsorge (Score 0,5; +1,5 Zähler gegenüber 2008), insbesondere weil die Bildungsausgaben (in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – VGR) nicht nur absolut, sondern auch relativ zum BIP sehr deutlich ausgeweitet wurden.

Wohlstand

Der Gesamtscore für das Schlüsselthema Wohlstand, welcher aus den Basisindikatoren für Konsum und Freizeit gebildet wird, traf 2009 genau die Benchmark, den Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (Score 0,0), nachdem er sie 2008 erstmals seit langem deutlich übertroffen hatte. Dass der Wohlstandsscore trotz der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise nicht unter die Benchmark fiel, ist ausgesprochen erfreulich, denn schließlich ist die Mehrung des Wohlstands ein zentraler Zweck des Wirtschaftens.

Der reale Gesamtkonsum, welcher sich aus den privaten und staatlichen Ausgaben für den Individualkonsum sowie den staatlichen Ausgaben für den (von der Gesellschaft als Ganzes beanspruchten) Kollektivkonsum zusammensetzt, wuchs 2009 pro Kopf der Bevölkerung um 0,8 %. Damit fiel der Zuwachs im Berichtsjahr in etwa so stark aus wie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (0,9 %), sodass dieser Teilaspekt 2009 mit einem Score von 0 zu bewerten ist (2008: 1). Eine wesentliche Stütze waren die Konjunkturprogramme, mit denen die Rezession gemildert und die Erholung eingeleitet wurde. Diese setzten zum einen Anreize für eine Ausweitung des privaten Individualkonsums (z. B. Abwrackprämie, Steuererleichterungen), hoben aber auch den Staatskonsum direkt an. Pro Kopf stieg der reale private Konsum 2009 im Vorjahresvergleich gleichwohl nur schwach um 0,1 % (2008: 0,9 %), während die realen Pro-Kopf-Staatsausgaben für den Individual- und Kollektivkonsum um 3,2 % zulegten (2008: 2,5 %).

Auch beim Zugewinn an Freizeit, die an der Jahresstundenzahl abzüglich der gesamtwirtschaftlich geleisteten Jahresarbeitsstunden je Erwerbstätigem gemessen wird, wurden 2009 geringere Fortschritte erzielt als 2008. So stieg die Freizeit beziehungsweise „Nichtarbeitszeit“ eines durchschnittlichen Erwerbstätigen 2009 um 0,2 % gegenüber dem Vorjahr (von rund 7.358 Stunden auf rund 7.370 Stunden) und damit weniger als im Jahr davor (0,4 %). Im Ergebnis wurde die historische Benchmark, die seit 2006 bei einem jährlichen Freizeitzu-

wachs von rund 0,1 % liegt, lediglich insignifikant, d. h. im Rahmen der gewählten Unsicherheitsmarge übertroffen. Das Scoreergebnis betrug deshalb 0 und damit zwei Zähler weniger als 2008.

Allerdings sind bei der Interpretation dieser Zahlen zwei – in der Tendenz gegenläufige – Sondereffekte zu berücksichtigen: So war 2008 ein Schaltjahr, das durch einen zusätzlichen Kalendertag in seinem „Freizeitpotenzial“ massiv begünstigt worden war. Normalerweise wäre 2009 deshalb ein starker Rückprall zu erwarten gewesen. Dass dieser nur vergleichsweise gedämpft eintrat, ist im Wesentlichen auf die krisenbedingt kräftig ausgeweitete Kurzarbeit zurückzuführen. Dieser kurzarbeitsbedingte Freizeitgewinn dürfte schon 2010 wieder größtenteils abgebaut werden. Der „Preis“, den die Erwerbstätigen für das vorübergehende Freizeitplus zahlen, sind kurzarbeitsbedingt abgesenkte Einkommen, die deren Konsummöglichkeiten beschränken. Dieser negative Effekt der Kurzarbeit trägt zu der (weiter oben bereits genannten) relativ schwachen Entwicklung des privaten Pro-Kopf-Konsums bei und wird somit auch im Rahmen des KfW-Nachhaltigkeitsindikators berücksichtigt. Dieser Ansatz fußt in der Annahme, dass die Erwerbstätigen ein Mehr an Freizeit unabhängig davon, ob es freiwillig oder „gezwungenermaßen“ (z. B. wegen Kurzarbeit oder unfreiwilliger Teilzeit) zu Stande kommt, *unter ansonsten gleichen Umständen* grundsätzlich positiv bewerten. Wohlstandsmindernd bei „unfreiwilligem“ Freizeitgewinn wirkt mit anderen Worten nicht der Zugewinn freier Zeit „an sich“, sondern die damit in aller Regel einhergehenden Einkommensverluste, die das Konsumpotenzial schmälern.

Staatsverschuldung

Die Nachhaltigkeitssituation beim wirtschaftlichen Schlüsselthema Staatsverschuldung hat sich 2009 merklich eingetrübt. Allerdings ist die Verschlechterung eingedenk des enormen fiskalischen Handlungsbedarfs, der aus der Finanz- und Wirtschaftskrise erwachsen ist, zu relativieren und sollte nicht dramatisiert werden. Gegenüber 2008 verlor der Schlüsselthemenscore – ausschließlich wegen der sehr ungünstigen Entwicklung der Staatsschuldenquote – einen Zähler und fiel 2009 auf den Zehnjahresdurchschnitt zurück (Score 0,0), nachdem die Benchmark in den fünf Jahren davor jeweils übertroffen worden war. Immerhin wurde 2009 trotz massiver Krisenbelastung ein Negativscore vermieden, was für weiterhin relativ solide Staatsfinanzen – besonders auch im Vergleich zu anderen Industrieländern – spricht.

Die Bruttostaatsschuldenquote stieg 2009 um 7,1 Prozentpunkte auf 73,1 % des BIP und entfernte sich damit weiter von dem Maastricht-Referenzwert von maximal 60 %. Dies ist wesentlich mehr als der durchschnittliche Anstieg während der zehn Jahre davor (+0,6 Prozentpunkte). Infolgedessen fiel die Nachhaltigkeitsbewertung für diesen Basisindikator 2009 kräftig um zwei Zähler auf den Minimalscore von -2. Die stark gestiegene Schuldenquote ist

gewissermaßen der „Preis“, den Deutschland für die Konjunkturpakete, mit denen die Regierung in der Rezession die Nachfrage stabilisiert und die Erholung eingeleitet hat, sowie die Rettungsmaßnahmen im Bankensektor zu zahlen hat. Darüber hinaus schlagen sich darin die automatischen Stabilisatoren nieder, also die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle und Mehrausgaben im Abschwung. Gemessen an internationalen Standards schneidet Deutschland gleichwohl relativ gut ab, was den krisenbedingten Anstieg der Staatsschulden sowie das Niveau der Verschuldung anbelangt. So dürfte die Staatsschuldenquote in Deutschland bis 2011 im Vergleich zu dem Vorkrisenjahr 2008 um 14 Prozentpunkte auf rund 80 % steigen. Demgegenüber prognostiziert die Europäische Kommission einen Zuwachs von 23 Prozentpunkten auf 195 % in Japan, sowie von 32 Prozentpunkten auf 103 % in den USA. Dessen ungeachtet steht Deutschland in den kommenden Jahren vor einer anspruchsvollen und – wie der deutliche Zuwachs bei der Staatsschuld zeigt – auch notwendigen Konsolidierungsaufgabe, wenn es die Vorgaben aus der neuen Schuldenbremse einhalten und sich fiskalisch auf den demografischen Wandel einstellen will.

Die Zinslast der gestiegenen Staatsschuld hat sich bislang allerdings nicht im Haushalt niedergeschlagen. Im Gegenteil: Die Zinsbelastung fiel – insbesondere aufgrund des geldpolitisch niedrig gehaltenen Zinsniveaus – 2009 auf 5,8 % der staatlichen Einnahmen (2008: 6,1 %). Der Zehnjahresschnitt (6,5 %) wird damit sehr deutlich unterschritten, sodass dieser Basisindikator zum dritten Mal in Folge den Maximalscore von 2 erzielte und so den Gesamtscore für das Schlüsselthema Staatsverschuldung stabilisierte. Vor dem Hintergrund der kräftig gestiegenen Staatsschuld dürfte sich die Zinsbelastung aber künftig erhöhen, sobald sich das Zinsniveau normalisiert.

Innovationen

Das Hervorbringen neuer Produkte und Herstellungsverfahren ist für die nachhaltige Entwicklung eines rohstoffarmen und exportorientierten Landes wie Deutschland von zentraler Bedeutung. Insofern gibt es Anlass zur Sorge, dass die Innovationsindikatoren in der Gesamtschau im Berichtsjahr 2009 nicht das leicht positive Niveau der Vorjahre beibehalten konnten und relativ zum Zehnjahresdurchschnitt bewertet auf einen Scorewert von -0,7 abrutschten (-1,0 Zähler gegenüber 2008). Zurückzuführen ist diese Verschlechterung auf den deutlichen Rückgang der Patentanmeldungen und den Anteil innovierender Unternehmen im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise.

Entgegen dem rückläufigen Trend bei den Patentanmeldungen und der Innovatorenquote sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland mit einem Wert von 2,64 % des BIP (aktueller Datenrand 2008) – trotz des gemessen am Durchschnitt der zehn vorangegangenen Jahre bereits hohen Niveaus (2,47 %) – nochmals gestiegen. Damit

verbesserte sich das Scoreergebnis für die FuE-Intensität von 1 auf 2. Dies darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die FuE-Ausgaben damit weiterhin unter dem im Lissabon-Prozess festgeschriebenen Ziel liegen, wonach sie bis zum Jahr 2010 auf 3 % des BIP steigen sollen. Die Wachstumsrate der Patentanmeldungen aus Deutschland beim europäischen Patentamt entwickelt sich in der längerfristigen Tendenz rückläufig. Im Jahr 2009 brach sie mit einem Rückgang von -5,8 % besonders stark ein und unterschritt infolgedessen die historische Benchmark (+5,2 %) deutlich. Im Ergebnis fiel das Scoreergebnis für diesen Basisindikator kräftig um zwei Zähler auf den Minimalscore von -2. Der Anteil innovierender Unternehmen hatte 2006 ein Sechsjahreshoch erklommen. Nach dem er bereits 2007 leicht gesunken war, hat sich die Entwicklung des Basisindikators am aktuellen Rand (2008) drastisch eingetrübt und liegt mit 36 % nunmehr deutlich unterhalb des Durchschnitts der vorangegangenen zehn Jahre (42 %). Auch beim Anteil innovierender Unternehmen verschlechtert sich deshalb das Scoreergebnis von 0 auf den Minimalwert von -2.

Zukunftsvorsorge

Die Zukunftsvorsorge entwickelte sich im Krisenjahr 2009 ausgesprochen positiv. Der Gesamtscore für dieses Schlüsselthema hat nach einem kräftigen Anstieg erstmals die historische Benchmark übertroffen (0,5; +1,5 Zähler gegenüber 2008). Der seit dem Minimalscore von -2 im Jahr 2005 eingeleitete Aufwärtstrend setzte sich somit fort. Insbesondere die absolut und relativ zum BIP stark aufwärts gerichteten staatlichen und privaten Bildungsausgaben (in der Abgrenzung der VGR) haben dieses Ergebnis ermöglicht, während die Nettoinvestitionen unter dem Eindruck der rezessionsbedingten Kapazitätsüberhänge beziehungsweise Nachfrageausfälle merklich schrumpften und so den Gesamtscore drückten.

Gemessen am BIP gaben die Nettoanlageinvestitionen in Deutschland im Rezessionsjahr 2009 um 1,8 Prozentpunkte auf 2,4 % nach. Damit war die Nettoinvestitionsquote ebenso niedrig wie im historischen Tief aus dem Jahr 2005 und lag zugleich mit einigem Abstand unter dem – verglichen mit internationalen Standards ohnehin sehr geringen – Durchschnitt der zehn Jahre davor (4,1 % des BIP). Unter dem Strich reichte es für diesen Basisindikator deshalb nur für einen Score von -1 (2008: 0). Der Rückgang der Investitionstätigkeit ist ökonomisch nachvollziehbar. Denn mit dem stärksten BIP-Einbruch seit der Großen Depression der 1930er-Jahre hatte sich 2009 eine sehr hohe Unterauslastung der Produktionskapazitäten herausgebildet. Investitionen aus dem Erweiterungsmotiv heraus waren in einem solchen Umfeld entbehrlich, da die Nachfrage – selbst als sie sich wieder belebte – zunächst aus den bestehenden Kapazitäten bedient werden konnte. Folglich reduzierten sich Investitionsaktivitäten primär auf Ersatz und Rationalisierung.

Demgegenüber ist im Jahr 2009 mit dem Ausbau der privaten und staatlichen Bildungsausgaben eine zukunftsorientierte Antwort auf die Krise, aber auch auf die längerfristigen Herausforderungen aus Demografie und Globalisierung gegeben worden. Nur mit mehr und besserer Bildung wird es gelingen, in einer alternden und schrumpfenden Gesellschaft den Wohlstand zu erhalten sowie im globalen Wettbewerb zu bestehen. In der Abgrenzung der VGR stiegen die privaten Konsumausgaben für das Bildungswesen 2009 um 2,2 % gegenüber 2008 auf 11,8 Mrd. EUR, während die staatlichen Bildungsausgaben sogar um 4,0 % auf 104,7 Mrd. EUR zulegten. Relativ zum BIP beliefen sich die Bildungsausgaben damit auf 4,9 % (2008: 4,5 %). Dies ist der höchste Wert seit der Wiedervereinigung, der Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (4,6 %) wird stark übertroffen. Infolgedessen verbesserte sich der Score für diesen Basisindikator äußerst stark – nämlich mit dem maximal möglichen Anstieg von vier Zählern (von -2 im Jahr 2008 auf 2 im Jahr 2009).

2.2 Nachhaltigkeitsdimension Umwelt

KfW-Nachhaltigkeitsindikator

Umwelt

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre

Scorepunkte	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Klimaschutz						
Treibhausgasemissionen	0	1	-1	1	-1	2
<i>Klimaschutz insgesamt</i>	<i>0,0</i>	<i>1,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>1,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>2,0</i>
Erneuerbare Energien						
Anteil Ern. Energien am Endenergieverbrauch	2	2	2	2	-2	1
<i>Erneuerbare Energien insgesamt</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>	<i>-2,0</i>	<i>1,0</i>
Energienutzung						
Energieproduktivität	0	0	0	2	-1	-1
Primärenergieverbrauch	0	1	-1	2	-1	2
<i>Energienutzung insgesamt</i>	<i>0,0</i>	<i>0,5</i>	<i>-0,5</i>	<i>2,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>0,5</i>
Rohstoffnutzung						
Rohstoffproduktivität	-2	0	0	-2	1	0
Nicht erneuerbarer Primärmaterialverbrauch	-2	-1	1	-2	1	1
<i>Rohstoffnutzung insgesamt</i>	<i>-2,0</i>	<i>-0,5</i>	<i>0,5</i>	<i>-2,0</i>	<i>1,0</i>	<i>0,5</i>
Flächennutzung						
Anstieg der Siedlungs- und Verkehrsfläche	2	-2	1	2	2	2
<i>Flächennutzung insgesamt</i>	<i>2,0</i>	<i>-2,0</i>	<i>1,0</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>
Luftschadstoffemissionen						
Emission ausgewählter Luftschadstoffe	-1	-2	-1	-2	-1	-2
<i>Luftqualität insgesamt</i>	<i>-1,0</i>	<i>-2,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>-2,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>-2,0</i>
Gewässerqualität						
Anteil Gewässermindestgüteklasse II (Stickstoff)	-1	1	-2	1	-1	1
<i>Gewässerqualität insgesamt</i>	<i>-1,0</i>	<i>1,0</i>	<i>-2,0</i>	<i>1,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>1,0</i>
Artenvielfalt						
Index Artenvielfalt und Landschaftsqualität	-2	0	1	-1	-2	-1
<i>Artenvielfalt insgesamt</i>	<i>-2,0</i>	<i>0,0</i>	<i>1,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>-2,0</i>	<i>-1,0</i>
Umwelt insgesamt	-0,3	0,0	0,0	0,4	-0,6	0,5

Die Nachhaltigkeitsdimension Umwelt entwickelte sich 2009 äußerst positiv. Der Gruppenscore hat sich im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 1,1 Zähler auf 0,5 verbessert und übertraf damit deutlich die Entwicklung des gleitenden Durchschnitts der vorangegangenen zehn Jahre. Das Jahresergebnis 2009 ist das beste in dem rollierenden Sechsjahresfenster des KfW-Nachhaltigkeitsindikators. Ermöglicht wurde dieses Resultat insbesondere durch den konjunkturbedingten starken Rückgang des Energieverbrauchs im Jahr 2009, was zu überdurchschnittlichen Ergebnissen bei den Schlüsselthemen Klimaschutz (Score 2,0; +3,0 Zähler gegenüber 2008) und Energienutzung (Score 0,5; +1,5 Zähler gegenüber 2008) führte. Hervorzuheben ist aber auch die überaus positive Entwicklung des Themenfelds Erneuerbare Energien.

erbare Energien: Trotz Wirtschaftskrise konnte im Jahr 2009 der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland weiter vorangetrieben werden (Score 1,0; +3,0 Zähler gegenüber 2008). Überdurchschnittliche Resultate – gemessen an der Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre – konnten darüber hinaus bei den Schlüsselthemen Rohstoffnutzung (Score 0,5; -0,5 Zähler gegenüber 2008), Flächennutzung (Score 2,0 wie im Jahr 2008) und Gewässerqualität (Score 1,0; +2,0 Zähler gegenüber 2008) verzeichnet werden. Dämpfend auf das Gesamtergebnis der Nachhaltigkeitsdimension Umwelt wirkten sich dagegen die Themenfelder Luftschadstoffemissionen und Artenvielfalt aus. Der Score des Schlüsselthemas Luftschadstoffemissionen fiel auf den Minimalwert von -2,0 (-1,0 Zähler gegenüber 2008), da die betrachteten klassischen Luftschadstoffe nicht mehr in dem Tempo reduziert werden konnten, wie dies in den vorangegangenen zehn Jahren noch der Fall gewesen war. Beim Themenfeld Artenvielfalt, das durch die Bestandsentwicklung von insgesamt 59 ausgewählten Vogelarten repräsentiert wird, konnte wie in den Vorjahren kein nennenswerter Fortschritt erzielt werden, um die Bestandsgröße der ausgewählten Vogelarten aus dem Jahre 1975 – wie von der Politik angestrebt – wieder zurückzuerlangen (Score -1,0; +1,0 Zähler gegenüber 2008).

Klimaschutz

Die Wirtschaftskrise hat in Deutschland zu einem drastischen Rückgang der Treibhausgasemissionen geführt. Nach ersten Berechnungen des Umweltbundesamtes ist der Gesamtausstoß aller klimarelevanten Treibhausgase in Deutschland im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 8,4 % gesunken. Seit 1990 hat es in keinem Jahr einen stärkeren absoluten wie relativen Rückgang der Emissionen gegeben. Damit lag die Treibhausgasreduktionsrate auch deutlich über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-1,0 %), weshalb das Ergebnis mit dem Maximalscore von 2 bewertet wurde (+3 Zähler gegenüber 2008). Die ausgeprägte Treibhausgasmindering lässt sich vor allem mit den krisenbedingten starken Produktionseinbrüchen in der Industrie, vor allem in den energieintensiven Branchen, erklären.

Insgesamt sind die Treibhausgasemissionen in Deutschland zwischen 1990 und 2009 um 28,7 % zurückgegangen. Damit hat Deutschland seine Verpflichtung aus dem Kyoto-Protokoll, die Treibhausgasemissionen bis 2008–2012 um 21 % zu reduzieren, im Berichtsjahr 2009 erfüllt. Vor dem Hintergrund, dass der drastische Emissionsrückgang im Jahr 2009 in erster Linie konjunkturbedingt war und bei einer wirtschaftlichen Erholung mit einem Wiederanstieg der klimarelevanten Treibhausgase zu rechnen ist, sind weiterhin klimapolitische Anstrengungen erforderlich, um das von der Bundesregierung in der Koalitionsvereinbarung

festgelegte Ziel – Minderung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 % gegenüber 1990 – erreichen zu können.

Erneuerbare Energien

Ungeachtet der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise setzte sich der Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland weiter fort. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am gesamten Endenergieverbrauch (Strom, Wärme, Kraftstoffe) stieg im Jahr 2009 um 1,1 Prozentpunkte auf 10,4 %. Damit fiel der Zuwachs im Berichtsjahr deutlich stärker aus als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (+0,6 Prozentpunkte), sodass dieser Teilaspekt 2009 mit einem Score von 1 bewertet wurde (2008: -2). Wesentlich beigetragen zu diesem starken Anstieg hat, dass der Energieverbrauch in Deutschland im letzten Jahr konjunkturbedingt deutlich rückläufig war, während die Energiebereitstellung aus Erneuerbaren Energien insgesamt weiter zugenommen hat (2009: 244 Mrd. kWh; +8 Mrd. kWh ggü. Vorjahr). Wird das bisherige Ausbautempo beibehalten, ist Deutschland auf einem guten Weg, das auf europäischer Ebene zugesagte Ziel – Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 18 % – zu erreichen.

Die Entwicklung der einzelnen Sparten der Erneuerbaren Energien stellte sich 2009 wie folgt dar: Die Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien war im Jahr 2009 mit 95 Mrd. kWh etwa genauso groß wie im Vorjahr. Dabei blieben Windenergie und Wasserkraft witterungsbedingt deutlich hinter ihren eigentlichen Erzeugungspotenzialen zurück. Im Wärmemarkt hat sich 2009 die Nutzung Erneuerbarer Energien um 8 % auf 115 Mrd. kWh erhöht. Erhebliche Steigerungen konnten dabei bei der Solarthermie und beim Biogas verzeichnet werden. Die Energiebereitstellung durch Biokraftstoffe ging 2009 um rund 8 % auf 34 Mrd. kWh zurück.

Energienutzung

Das Schlüsselthema Energienutzung hat sich im Jahr 2009 in der Gesamtschau positiv entwickelt. Gegenüber 2008 gewann der Schlüsselthemenscore 1,5 Zähler und übertraf erstmals seit 2007 wieder den zurückliegenden Zehnjahresdurchschnitt (Score 0,5). Insbesondere der konjunkturbedingte starke Rückgang des Energieverbrauchs hat dieses Ergebnis ermöglicht, während die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität (ausgedrückt als preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Einheit Primärenergieverbrauch) sich nur unterdurchschnittlich entwickelte und so den Themenscore drückte.

Der Primärenergieverbrauch in Deutschland belief sich im Jahr 2009 auf 13.341 Petajoule. Das waren 6 % weniger als 2008. Seit 1990 hat es keinen stärkeren Rückgang des Energieverbrauchs in Deutschland gegeben. Gemessen an der durchschnittlichen Reduktionsrate des Primärenergieverbrauchs der vorangegangenen zehn Jahre (-0,2 %) erreichte der Basis-

indikator damit den Maximalscore von 2 (+3 Zähler gegenüber 2008). Gemäß einer Analyse der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen ist die drastische Verringerung des Energieverbrauchs im Wesentlichen auf den starken konjunkturellen Einbruch im Jahr 2009 zurückzuführen. Insbesondere in den energieintensiven Industriezweigen ging die Produktion und damit der Energieverbrauch stark zurück. Bei einer wirtschaftlichen Erholung ist mit einem Wiederanstieg des Energieverbrauchs zu rechnen. Mit Blick auf die Erreichung ambitionierter Klimaschutzziele und die Verringerung der Importabhängigkeit Deutschlands von fossilen Energieträgern ist es daher wichtig, über mehr Energieeffizienz den Energieverbrauch weiter zu begrenzen.

Die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität in Deutschland – ein Indikator für den effizienten Umgang mit Energie – hat sich im Jahr 2009 mit 1,1 % allerdings nur wenig gegenüber dem Vorjahr verbessert und lag mit dieser Zuwachsrate deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (+1,8 %). Wie bereits im Vorjahr reichte es für diesen Basisindikator nur für einen Score von -1. Insgesamt konnte die Energieproduktivität in Deutschland zwischen 1990 und 2009 um 40,5 % gesteigert werden. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, die gesamtwirtschaftliche Energieproduktivität bis 2020 gegenüber 1990 zu verdoppeln. Zur Erreichung dieses Zielwertes wäre im verbleibenden Zeitraum bis 2020 eine jährliche Steigerung der Energieproduktivität von durchschnittlich 3,3 % erforderlich. Zum Vergleich: In den vorangegangenen zehn Jahre lag die durchschnittliche Erhöhung mit 1,8 % pro Jahr deutlich darunter. Es sind also weitere erhebliche Anstrengungen zur Verbesserung der Energieproduktivität erforderlich.

Rohstoffnutzung

Der Gesamtscore für das Schlüsselthema Rohstoffnutzung, welches durch die Rohstoffproduktivität – ein Indikator für den effizienten Umgang mit Rohstoffen – und die Entwicklung des absoluten Verbrauchs an nicht erneuerbarem Primärmaterial abgebildet wird, hat sich 2009 gegenüber dem Vorjahr zwar um 0,5 Zähler auf nunmehr 0,5 verringert, damit wird aber weiterhin eine Übererfüllung der vergangenheitsorientierten Benchmark erreicht.

Die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität (ausgedrückt als das Verhältnis vom preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt zur Inanspruchnahme von nicht erneuerbarem Primärmaterial) stieg in Deutschland zwischen 1994 und 2008 (aktueller Datenrand) um insgesamt 39,6 %. 2008 hat die Rohstoffproduktivität im Vergleich zum Vorjahr um 2,4 % zugenommen. Damit lag die Steigerungsrate im Jahr 2008 deutlich unter dem Vorjahresergebnis (+4,3 %), entwickelte sich aber immer noch annähernd wie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (+2,1 %), weshalb das Ergebnis mit einem Score von 0 bewertet wurde (-1 Zähler gegenüber dem Vorjahr). Die Erhöhung der Rohstoffproduktivität zwischen 1994 und 2008 ist

nach einer Analyse des Statistischen Bundesamtes überwiegend auf einen Strukturwandel hin zu weniger rohstoffintensiven Branchen zurückzuführen: Die weniger materialintensiven Branchen (insbesondere Dienstleistungsbereiche) sind im Vergleich stärker gewachsen als Branchen mit hohem Materialverbrauch, wie z. B. das Baugewerbe oder andere Bereiche des produzierenden Gewerbes, die zum Teil gar geschrumpft sind. Wie bei der Energieproduktivität ist auch bei der effizienten Rohstoffnutzung feststellbar, dass eine Fortsetzung des bisherigen Entwicklungstempos der Produktivitätsverbesserung nicht ausreichen würde, um die in der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie fixierte Zielvorgabe einer Verdopplung der Rohstoffproduktivität bis 2020 gegenüber 1994 zu erreichen. In den vorangegangenen zehn Jahre ist die Rohstoffproduktivität im Durchschnitt nur um 2,1 % pro Jahr angestiegen, während zur Erreichung des Verdopplungsziels bis 2020 im verbleibenden Zeitraum eine durchschnittliche jährliche Verbesserung von 3 % notwendig wäre.

Der absolute nicht erneuerbare Primärmaterialverbrauch in Deutschland hat sich zwischen 1994 und 2008 (aktueller Datenrand) um insgesamt 11,1 % auf 1.333 Mio. t verringert. Dabei war insbesondere bei den Baurohstoffen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen (-27 %). Im Jahr 2008 verminderte sich der Primärmaterialeinsatz gegenüber dem Vorjahr um 1,2 %. Damit fiel der Rückgang stärker aus als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-0,5 %), sodass dieser Basisindikator wie im Vorjahr mit einem Score von 1 bewertet wurde.

Flächennutzung

Die Inanspruchnahme neuer Flächen für Siedlung und Verkehr in Deutschland belief sich im Jahre 2008 (aktueller Datenrand) auf 95 ha pro Tag und lag damit deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (118 ha pro Tag). Wie schon im Vorjahr erzielte dieser Basisindikator deshalb im Berichtsjahr ein Scoreergebnis von 2. Zu beachten ist hierbei allerdings, dass die jährlichen Veränderungsraten der Flächeninanspruchnahme derzeit durch externe Effekte – in erster Linie Umstellungen in den amtlichen Liegenschaftskatastern – beeinflusst sind. Doch auch im langfristigen Trend ist feststellbar, dass sich der Zuwachs an Siedlungs- und Verkehrsfläche in den letzten Jahren verlangsamt hat. Dennoch ist Deutschland noch weit entfernt von dem Ziel der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, bis zum Jahr 2020 den Flächenverbrauch auf 30 ha pro Tag zu begrenzen.

Zwischen 1992 und 2008 nahm die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Deutschland um insgesamt 16,9 % zu, bei einem Bevölkerungswachstums von nur 1,3 % im selben Zeitraum. Dabei wuchs die Siedlungsfläche, bestehend aus Gebäude-, Erholungs- und Betriebsfläche, stärker (+22,9 %) als die Verkehrsfläche (+8,2 %).

Luftschadstoffemissionen

Fortschritte bei der Luftqualität werden anhand der Entwicklung der klassischen Luftschadstoffe Schwefeldioxid, Stickstoffdioxid, Ammoniak, flüchtige organische Verbindungen, Kohlenmonoxid und Feinstaub (PM 10) gemessen. Zwischen 1995 und 2008 (aktueller Datenrand) konnte ein gemittelter Rückgang der betrachteten Schadstoffemissionen um 35 % erreicht werden. Diese deutliche Verringerung der Luftschadstoffbelastung ist im Wesentlichen auf den Einbau von Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen in Kraftwerken und die Verbreitung der Katalysatorentechnik in Ottomotoren zurückzuführen, wobei die größten Minderungserfolge in den 1990er-Jahren erzielt wurden. Seit einigen Jahren gehen die Emissionen nur noch langsam zurück. Im Jahr 2008 betrug die durchschnittliche Minderungsrate der betrachteten Luftschadstoffe lediglich 1,1 % und lag damit sehr deutlich unter dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-3,3 %). Infolgedessen fiel die Nachhaltigkeitsbewertung für diesen Basisindikator im Berichtsjahr um einen Zähler auf den Minimal-score von -2.

Die einzelnen Emissionsarten trugen in unterschiedlichem Ausmaß zu der bereits erzielten Emissionsminderung zwischen 1995 und 2008 bei. Am stärksten konnten die Schwefeldioxidemissionen mit 70,9 % reduziert werden, gefolgt von Kohlenmonoxid mit 43,2 %, den flüchtigen organischen Verbindungen mit 38,9 %, den Stickstoffdioxiden mit 35,8 % und den Feinstaubemissionen mit 20,1 %. Lediglich geringe Minderungen in Höhe von 0,7 % konnten im Bereich der überwiegend landwirtschaftlich verursachten Ammoniakemissionen erreicht werden. Insgesamt konnten die Luftschadstoffemissionen in der Vergangenheit zwar deutlich verringert werden, gemessen an der dauerhaften Belastbarkeit der Ökosysteme sind sie gemäß den Analysen des Umweltbundesamt aber immer noch zu hoch. Dies gilt insbesondere für versauernde und eutrophierende Luftverunreinigungen (vor allem Stickstoffdioxide und Ammoniak) sowie für die gesundheitsgefährdenden Feinstaubemissionen.

Gewässerqualität

Das Schlüsselthema Gewässerqualität, welches exemplarisch durch einen Basisindikator zur Güteklassifikation von Fließgewässern hinsichtlich der Nährstoffbelastung abgebildet wird, hat sich im Berichtsjahr positiv entwickelt. Der Anteil der Fließgewässer (Messstellen) in Deutschland, bei denen der Zielwert der Gewässergüteklasse II und besser für Gesamtstickstoff eingehalten wurde, erhöhte sich 2007 (aktueller Datenrand) um 3 Prozentpunkte auf 14 %. Gemessen an der Entwicklung der vorangegangenen zehn Jahre, bei der im Durchschnitt eine jährliche Abnahme des entsprechenden Fließgewässeranteils von 0,2 Prozentpunkten zu verzeichnen war, konnte dieser Basisindikator damit ein positives Scoreergebnis erzielen (1; +2 Zähler gegenüber dem Vorjahr).

Insgesamt kann festgestellt werden, dass die Gewässerbelastung durch Abwassereinleitungen aus den Kommunen und der Industrie in den letzten 30 Jahren erheblich zurückgegangen ist. Es wurden große Summen in die Errichtung von Abwasserreinigungsanlagen investiert und darüber hinaus die Abwasserbelastung vieler Industriebetriebe durch produktionsinterne Maßnahmen (Kreislaufführung, Substitution von Gefahrenstoffen) deutlich verringert. Trotzdem sind viele Gewässer von einem guten hygienischen, ökologischen und chemischen Zustand – wie er von der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) und dem Umweltbundesamt mit der Gewässergüteklasse II definiert wurde – noch weit entfernt. Gewässerreinigungmaßnahmen sind zukünftig insbesondere im Bereich der diffusen Stoffeinträge, beispielsweise aus der Landwirtschaft, erforderlich. Dazu zählt vor allem die Verringerung der Stickstoffüberschüsse (z. B. durch Überdüngung).

Artenvielfalt

Der Basisindikator für die Artenvielfalt beruht auf der Bestandsentwicklung von insgesamt 59 ausgewählten Vogelarten, die die wichtigsten Landschafts- und Lebensraumtypen sowie Landnutzungen in Deutschland repräsentieren. Im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie wurde das Ziel festgelegt, die Bestandsgröße der ausgewählten Vogelarten aus dem Jahr 1975 bis zum Jahr 2015 zurückzuerlangen. Im Jahr 2008 (aktueller Datenrand) lag der entsprechende Indikator bei 69,1 % des Zielwerts für 2015 und verbesserte sich damit leicht gegenüber dem Vorjahr (68,6 %). Gemessen am Zehnjahresdurchschnitt (71,2 %) erreichte der Basisindikator allerdings wie im Vorjahr nur ein negatives Scoreergebnis (-1; +1 Zähler gegenüber dem Vorjahr). Nach wie vor sind große zusätzliche Bemühungen zur Sicherung und Förderung von Natur und Landschaft und der biologischen Vielfalt notwendig, um das angestrebte Ziel im Jahr 2015 erreichen zu können. Die wichtigsten Ursachen für den Rückgang der Artenvielfalt sind die Intensivierung der land- und forstwirtschaftlichen Nutzung, die Zerschneidung und Zersiedlung der Landschaft, die Versiegelung von Flächen, die Zerstörung von Biotopen sowie Schadstoffeinträge.

2.3 Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt

KfW-Nachhaltigkeitsindikator

Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Scorebewertung anhand des Durchschnitts der vorangegangenen 10 Jahre

Scorepunkte	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Wirtschaftliche Teilhabe						
Erwerbstätigenquote	-1	2	2	2	2	2
Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung	-1	-1	1	2	2	0
Langzeitarbeitslosenquote	-1	1	-1	2	2	1
<i>Wirtschaftliche Teilhabe insgesamt</i>	<i>-1,0</i>	<i>0,7</i>	<i>0,7</i>	<i>2,0</i>	<i>2,0</i>	<i>1,0</i>
Politische Teilhabe						
Strukturelle Wahlbeteiligung	0	1	-1	1	0	-2
<i>Politische Teilhabe insgesamt</i>	<i>0,0</i>	<i>1,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>1,0</i>	<i>0,0</i>	<i>-2,0</i>
Bildung						
Studienanfängerquote	2	2	1	1	2	2
Hochqualifiziertenquote	0	1	0	-1	2	2
Niedrigqualifiziertenquote	0	0	-1	1	1	2
<i>Bildung insgesamt</i>	<i>0,7</i>	<i>1,0</i>	<i>0,0</i>	<i>0,3</i>	<i>1,7</i>	<i>2,0</i>
Gesundheit						
Lebenserwartung männlicher Neugeborener	-2	-1	0	2	-2	-1
Lebenserwartung weiblicher Neugeborener	-2	-1	0	2	-2	-2
<i>Gesundheit insgesamt</i>	<i>-2,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>0,0</i>	<i>2,0</i>	<i>-2,0</i>	<i>-1,5</i>
Sicherheit						
Gewaltverbrechen pro 100.000 Einwohner	-1	1	1	0	2	1
Wohnungseinbruch pro 100.000 Einwohner	-2	2	-1	-2	-1	-2
<i>Sicherheit insgesamt</i>	<i>-1,5</i>	<i>1,5</i>	<i>0,0</i>	<i>-1,0</i>	<i>0,5</i>	<i>-0,5</i>
Gleichberechtigung						
Verdienstrückstand von Frauen	-2	-1	-2	-1	-1	-1
Differenz geringf. Beschäftigtenquote Frauen/Männer	-2	-2	-2	-2	0	2
<i>Gleichberechtigung insgesamt</i>	<i>-2,0</i>	<i>-1,5</i>	<i>-2,0</i>	<i>-1,5</i>	<i>-0,5</i>	<i>0,5</i>
Integration						
Differenz Arbeitslosenquoten Ausländer/Gesamt	-1	-2	-2	-1	-1	-1
Differenz geringf. Beschäftigtenquote Ausländer/Deutsche	-2	-2	-2	-2	-1	-2
<i>Integration insgesamt</i>	<i>-1,5</i>	<i>-2,0</i>	<i>-2,0</i>	<i>-1,5</i>	<i>-1,0</i>	<i>-1,5</i>
Internationale Verantwortung						
Öff. Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (ODA)	0	2	2	2	2	1
Importe aus Low Income Countries	-1	-1	2	0	0	-2
Direktinvestitionen in Low Income Countries	-2	-2	-1	1	1	0
<i>Internationale Verantwortung insgesamt</i>	<i>-1,0</i>	<i>-0,3</i>	<i>1,0</i>	<i>1,0</i>	<i>1,0</i>	<i>-0,3</i>
Gesellschaftlicher Zusammenhalt insg.	-1,0	-0,1	-0,4	0,3	0,2	-0,3

Im Jahr 2009 konnte sich die positive Entwicklung der vergangenen Jahre in der Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht weiter fortsetzen. Der Gruppenscore

fiel gegenüber dem Vorjahr per saldo um 0,5 Zähler auf den Wert von -0,3 und lag mit dieser Entwicklung knapp unter dem Durchschnittsniveau der vorangegangenen zehn Jahre. Die Entwicklung in den acht Schlüsselthemen der Nachhaltigkeitsdimension Gesellschaftlicher Zusammenhalt verlief allerdings sehr heterogen.

Positiv sticht vor allem das Schlüsselthema Bildung hervor, in dem alle Basisindikatoren 2009 den Maximalscore von 2 erreichten. Hier tragen die Anstrengungen der letzten Jahre Früchte. So ist die Studienanfängerquote u. a. aufgrund der Einführung der Bachelorprogramme nun das zweite Jahr hintereinander sprunghaft angestiegen. Aber auch der Anstieg der Hochqualifiziertenquote und die Reduktion der Niedrigqualifiziertenquote sorgten im Jahr 2009 für eine Verbesserung des Schlüsselthemas Bildung auf den maximalen Wert von 2,0 (+0,3 Zähler gegenüber 2008). Weiterhin ist die positive Entwicklung des Schlüsselthemas Wirtschaftliche Teilhabe hervorzuheben (Score 2009: 1,0; -1,0 Zähler gegenüber 2008). So konnte sich trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise der deutsche Arbeitsmarkt gut behaupten. Zwar ist die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Jahr 2009 leicht zurückgegangen, erreicht aber mit seiner Veränderungsrate immer noch ein Niveau, das annähernd dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre entspricht. Auch die Langzeitarbeitslosenquote trotzte der Krise und konnte 2009 noch einen Rückgang aufweisen, der stärker als der Durchschnitt der letzten 10 Jahre ausfiel. Resistent gegen die Krise erscheint auch die Erwerbstätigenquote, die sich weiterhin auf hohem Niveau bewegt und damit wiederum den Maximalscore von 2 erreichen konnte.

Am stärksten negativ ins Gewicht fielen die drei Schlüsselthemen Politische Teilhabe, Gesundheit und Integration. So ist die Bundestagswahl mit ihrer historisch niedrigen Wahlbeteiligung in erster Linie dafür verantwortlich, dass der Schlüsselthemenscore für die Politische Teilhabe im Jahr 2009 von einem durchschnittlichen Wert (Score 0,0) auf den Minimalscore von -2,0 abgerutscht ist. Die Gesundheit, die durch die Lebenserwartung Neugeborener repräsentiert wird, konnte insgesamt nur einen Scorewert von -1,5 erreichen (+0,5 Zähler gegenüber 2008), da die Zunahme der Lebenserwartung – insbesondere bei den Frauen – nicht mehr in dem Tempo geschieht, wie dies in den vorangegangenen zehn Jahren noch der Fall war. Bei der Integration von ausländischen Staatsangehörigen in den Arbeitsmarkt existieren weiterhin die bekannten Defizite: Verhältnismäßig niedrige Bildungsabschlüsse und ein überproportional hoher Anteil an den geringfügig Beschäftigten. Auch hier wurde 2009 nur ein Scoreergebnis von -1,5 erreicht (-0,5 Zähler gegenüber 2008).

Wirtschaftliche Teilhabe

Das Schlüsselthema Wirtschaftliche Teilhabe, welches aus den Basisindikatoren Erwerbstätigenquote, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und Langzeitarbeitslosenquote ge-

bildet wird, hat sich in der Gesamtschau trotz der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2009 gut behauptet. Zwar ging der Themenscore um einen Zähler auf den Wert von 1,0 zurück, übertraf damit aber immer noch deutlich die Entwicklung des gleitenden Durchschnitts der vorangegangenen zehn Jahre.

Im Jahr 2009 hat die Erwerbstätigenquote in Deutschland mit 70,9 % nach 2008 abermals einen historischen Höchststand erreicht. Somit konnte dieser Basisindikator wie schon im Vorjahr ein Scoreergebnis von 2 erzielen. In absoluten Zahlen waren Ende 2009 rund 40,2 Mio. Menschen im Inland erwerbstätig, gegenüber 40,3 Mio. im Jahr 2008. Trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise konnte die Erwerbstätigkeit in Deutschland auf dem hohen Niveau gehalten werden. Einer der Gründe ist in der flexibleren Ausgestaltung des Arbeitsmarktes während der Krise zu finden, die temporär eine beträchtliche Ausweitung der Kurzarbeit zur Folge hatte. Ziel der Bundesregierung ist es, den Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter bis zum Jahr 2010 auf 73 % zu erhöhen. Es erscheint fraglich, ob dieses Ziel noch bis zum Ende des Jahres 2010 erreicht werden kann.

Während die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 2008 noch um 2,1 % angestiegen ist, ist sie im Krisenjahr 2009 um 0,1 % zurückgegangen. Dementsprechend fiel die Nachhaltigkeitsbewertung für diesen Basisindikator im Jahr 2009 um zwei Zähler auf den Score von 0, entwickelte sich damit aber immer noch annähernd wie im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (+0,1 %). Die Langzeitarbeitslosenquote dagegen hat sich trotz der Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 weiter um 0,4 Prozentpunkte verringert und lag somit deutlich über der vergangenheitsorientierten Benchmark (-0,1 Prozentpunkte), weshalb das Ergebnis mit einem Score von 1 bewertet wurde (-1 Zähler gegenüber 2008). Da es sich bei der Langzeitarbeitslosenquote um einen nachlaufenden Indikator handelt, hat die Wirtschafts- und Finanzkrise hier noch nicht vollständig ihren Niederschlag gefunden.

Politische Teilhabe

Der Basisindikator für die politische Teilhabe beruht auf der so genannten strukturellen Wahlbeteiligung. In den Indikator gehen zu gleichen Teilen drei Werte zur Wahlbeteiligung ein: Die Wahlbeteiligung der letzten Bundestagswahl sowie die bevölkerungsgewichteten durchschnittlichen Wahlbeteiligungen der jeweils letzten Landtagswahlen und der jeweils letzten Kommunalwahlen in allen Bundesländern.

Die durchschnittliche strukturelle Wahlbeteiligung ist im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 2,5 Prozentpunkte gefallen und verringerte sich damit noch stärker als im Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (-1 Prozentpunkt). Infolgedessen fiel die Nachhaltigkeits-

bewertung für diesen Basisindikator kräftig um zwei Zähler auf den Minimalscore von -2. Für den schlechten Wert zeichnet insbesondere die Bundestagswahl vom September 2009 verantwortlich, die mit 70,8 % die niedrigste Wahlbeteiligung für Bundestagswahlen in der Geschichte der Bundesrepublik aufwies. Zusätzlich wurden im „Superwahljahr 2009“ sechs weitere Landtagswahlen abgehalten, von denen lediglich die Wahlen in Schleswig-Holstein mit 73,5 % und Brandenburg mit 67,5 % eine überdurchschnittliche Wahlbeteiligung – d. h. über dem jeweiligen Landesdurchschnitt seit der Wiedervereinigung Deutschlands – aufweisen konnten.

Bildung

Das Schlüsselthema Bildung hat sich 2009 gemessen an der vergangenheitsorientierten Benchmark äußerst positiv entwickelt und übertraf mit einem Gesamtscore von 2,0 sogar den sehr guten Wert des Vorjahres noch einmal um 0,3 Zähler. Alle drei Basisindikatoren – Studienanfänger-, Hochqualifizierten- und Niedrigqualifiziertenquote – haben 2009 den maximalen Scorewert von 2 erreicht.

Im Studienjahr 2009 erreichte die Studienanfängerquote mit 43,3 % (+4 Prozentpunkte gegenüber 2008) einen neuen Höchstwert in Deutschland. Dies ist vor allem auf die gestiegene Studienanfängerquote an den Fachhochschulen zurückzuführen, die gegenüber dem Vorjahr 9 % mehr Studienanfänger verzeichneten, während die Universitäten 5 % mehr Studienanfänger aufnahmen. Allerdings ist die aktuell hohe Studienanfängerquote dahingehend zu relativieren, dass in manchen Bundesländern durch die Umstellung auf die 8-jährige Gymnasialzeit auch doppelte Abiturjahrgänge an die Hochschulen strebten. Dennoch nimmt mit der Einführung der neuen Studiengänge im Zuge der Bologna-Reform tendenziell ein höherer Anteil eines Abiturjahrgangs ein Hochschulstudium auf. Die insbesondere an den Fachhochschulen eher praxisbezogenen Bachelor-Studiengänge tragen dazu bei, Studieninteressierte, die bereits über konkrete berufliche Ziele verfügen, zur Aufnahme eines Studiums zu bewegen. Die Politik hatte sich das Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2010 die Studienanfängerquote auf 40 % anzuheben. Dieses Ziel wurde schon 2009 erreicht. Allerdings müssen – insbesondere im Hinblick auf die doppelten Abiturjahrgänge und die zahlreichen ausländischen Studienanfänger – die nächsten Jahre zeigen, wie nachhaltig diese Entwicklung der Studienanfängerquote war.

Der Anteil der Hochqualifizierten (mit Hochschulabschluss) an der Gruppe der 25- bis 30-Jährigen erhöhte sich 2008 (aktueller Datenrand) um 1,6 Prozentpunkte auf 15,3 % und lag mit dieser Zuwachsrate deutlich über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (+0,25 Prozentpunkte). Langsam machen sich die relativ hohen Studienanfängerquoten der letzten Jahre bemerkbar, die heute einen größeren Anteil an Hochqualifizierten zur Folge

haben. Der Anteil der Niedrigqualifizierten an der Gruppe der 25- bis 30-Jährigen (ohne beruflichen Bildungsabschluss, inkl. Hochschulabschluss) ging 2008 um 0,7 Prozentpunkte auf 25,4 % zurück. Vor dem Hintergrund, dass die Niedrigqualifiziertenquote in den vorangegangenen zehn Jahren im Durchschnitt noch um 0,7 Prozentpunkte anstieg ist, ist dies eine sehr positive Entwicklung. Der abgeschlossene Ausbildungspakt zwischen Bundesregierung und Wirtschaft dürfte hier seine Wirkung zeigen. Allmählich setzt sich aber auch bei den jungen Menschen die Erkenntnis durch, dass sie nur mit einer guten Ausbildung ihre Chancen in der heutigen Wissensgesellschaft nutzen können.

Gesundheit

Für die Abbildung der Entwicklung des Schlüsselthemas Gesundheit werden als Basisindikatoren die durchschnittliche Lebenserwartung von männlichen und weiblichen Neugeborenen in Deutschland herangezogen. Durch den medizinischen und sozialen Fortschritt stieg die durchschnittliche Lebenserwartung männlicher Neugeborener im Zeitraum von 1991 bis 2008 (aktueller Datenrand) von 71,9 auf 77,2 Jahre. Die durchschnittliche Lebenserwartung weiblicher Neugeborener erhöhte sich im selben Zeitraum von 78,6 auf 82,4 Jahre. Dabei näherten sich die Lebenserwartungen beider Geschlechter weiter an. Der absolute Abstand der männlichen Lebenserwartung zu der weiblichen hat sich zwischen 1991 bis 2008 um 1,5 Jahre auf 5,2 Jahre verringert.

Die Dynamik der Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung hat sich allerdings in den letzten Jahren abgeschwächt. 2008 konnte wie schon 2007 gemessen an der vergangenheitsorientierten Benchmark nur eine unterdurchschnittliche Erhöhung der Lebenserwartung männlicher (+0,4 %) und weiblicher (+0,2 %) Neugeborener verzeichnet werden. Der Score für das Schlüsselthema Gesundheit erreichte im Berichtsjahr daher per saldo nur einen Wert von -1,5 (+0,5 Zähler gegenüber dem Vorjahr).

Sicherheit

Das Schlüsselthema Sicherheit hat sich 2009 in der Gesamtschau negativ entwickelt. Der Themenscore verlor gegenüber dem Vorjahr einen Zähler und fiel mit einem Ergebnis von -0,5 unter den Zehnjahresdurchschnitt. Allerdings entwickelten sich die beiden zugrunde gelegten Basisindikatoren für das persönliche Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung – die Anzahl der Gewaltverbrechen und die Wohnungseinbrüche pro 100.000 Einwohner – sehr heterogen.

Nachdem die Anzahl der Gewaltverbrechen pro 100.000 Einwohner in Deutschland seit 2001 stetig zugenommen hatte, konnte erstmals im Jahr 2008 ein Rückgang dieser Deliktart verzeichnet werden. Die erfassten Gewaltverbrechen pro 100.000 Einwohner sind im Jahr 2008

um 3,1 % auf 256,5 und im Jahr 2009 noch einmal um 0,9 % auf 254,2 zurückgegangen. Gemessen an der durchschnittlichen Veränderungsrate der vorangegangenen zehn Jahre (+1,3 %) erzielte dieser Basisindikator somit im Jahr 2009 ein positives Scoreergebnis (1; -1 Zähler gegenüber 2008). Dagegen hat sich die Anzahl der Wohnungseinbrüche pro 100.000 Einwohner im Jahr 2009 um 5,1 % auf 138,8 erhöht, was die höchste Zunahme seit mindestens 15 Jahren bedeutet. Der Score dieses Basisindikators fiel im Jahr 2009 dementsprechend auf den Minimalscore von -2 (- 1 Zähler gegenüber 2008).

Gleichberechtigung

Das Schlüsselthema Gleichberechtigung hat sich 2009 insgesamt positiv entwickelt. Der Themenscore stieg um einen Zähler auf 0,5 und übertraf damit die vergangenheitsorientierte Benchmark. Dieses positive Ergebnis ist auf den überdurchschnittlichen Rückgang der Differenz zwischen der geringfügig Beschäftigungsquote von Frauen und Männern zurückzuführen.

Der Verdienstrückstand von Frauen gegenüber ihren männlichen Kollegen gemessen am Bruttostundenverdienst stagniert seit einigen Jahren und lag 2009 wie auch in den drei Jahren zuvor bei durchschnittlich 23 %. Wie schon im Vorjahr konnte dieser Basisindikator daher im Jahr 2009 nur ein negatives Scoreergebnis erzielen (-1). Das politisch vorgegebene Ziel – den Verdienstrückstand von Frauen bis Ende 2010 auf 15 % zu reduzieren – wird sehr wahrscheinlich nicht mehr erreicht. Dabei ist stets zu beachten, dass Frauen immer noch überproportional Tätigkeiten ausüben, die geringere Qualifikationen zur Voraussetzung haben und damit auch eine geringere Entlohnung nach sich ziehen. Allerdings bestehen auch heute noch Lohnunterschiede von bis zu 25 % zwischen Männern und Frauen bei gleicher Qualifikation und bei gleicher beruflicher Position. Faktisch trägt insbesondere die Phase der Kindererziehung dazu bei, dass eher Frauen temporär aus ihrem Job ausscheiden und damit einen Bruch in ihrer Erwerbsbiografie in Kauf nehmen. Dadurch werden sowohl ihre Karriere als auch ihre zukünftige Entlohnung beeinträchtigt.

Im Jahr 2009 gingen 25,9 % der abhängig erwerbstätigen Frauen einer geringfügigen Beschäftigung nach (-0,4 Prozentpunkte gegenüber 2008). Im Gegensatz dazu waren lediglich 10,9 % der abhängig erwerbstätigen Männer geringfügig beschäftigt (+0,4 Prozentpunkte gegenüber 2008). Die Differenz zwischen diesen beiden Quoten beträgt für das Jahr 2009 15,0 Prozentpunkte, was im Vergleich zum Durchschnittswert der vorangegangenen zehn Jahre (15,8 Prozentpunkte) schon eine erhebliche Verbesserung im Sinn der Gleichberechtigung darstellt. Der Score für diesen Basisindikator erhöhte sich 2009 infolgedessen um zwei Zähler auf den Maximalscore von 2. Der starke Rückgang der Differenz zwischen beiden Quoten ist aber in erster Linie der Tatsache geschuldet, dass – bedingt durch die Wirt-

schafts- und Finanzkrise – die geringfügige Beschäftigung der Männern im Jahr 2009 im Vergleich der Vorjahre überproportional angestiegen ist.

Integration

Die Nachhaltigkeitssituation im Bereich Integration bleibt weiterhin problematisch. Der Gesamtscore für das Schlüsselthema Integration verfehlte 2009 wie schon in den fünf Jahren davor die vergangenheitsorientierte Benchmark (Score 2009: -1,5) und verschlechterte sich zudem gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Zähler.

Während die Arbeitslosenquote der ausländischen Erwerbspersonen vom Höchststand im Jahr 2005 mit 25,1 % bis zum Jahr 2008 auf 18,1 % fiel, ist sie im Jahr 2009 wieder auf 19,1 % angestiegen. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Trend der Arbeitslosenquote aller Erwerbspersonen in Deutschland, die im Zeitraum von 2005 bis 2008 von 13,0 % auf 8,7 % zurückgegangen und 2009 wieder auf 9,1 % gestiegen ist. Allerdings nahm im Krisenjahr 2009 die Arbeitslosenquote der ausländischen Erwerbspersonen stärker zu als die aller Erwerbspersonen. Damit hat sich die Differenz zwischen der Arbeitslosenquote der in Deutschland lebenden Ausländer und der gesamtdeutschen Arbeitslosenquote im Jahr 2009 gegenüber dem Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte auf 10,0 Prozentpunkte ausgeweitet. Dies führte wie im Vorjahr zu einem negativen Scoreergebnis (-1), da der Durchschnittswert der Differenz der beiden Arbeitslosenquoten der vorangegangenen zehn Jahre (8,9 Prozentpunkte) bei Weitem übertroffen wurde.

Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass ausländische Beschäftigte in Deutschland in erhöhtem Maße einer geringfügigen Beschäftigung nachgehen, wird als zweiter Basisindikator die Differenz zwischen den geringfügigen Beschäftigungsquoten von ausländischen und deutschen Beschäftigten betrachtet. Um die Quote zu berechnen, wird jeweils die Zahl der geringfügig Beschäftigten zur Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ins Verhältnis gesetzt. Im Jahr 2009 erreichte die Anzahl der geringfügig ausländischen Beschäftigten mit rund 440.000 einen neuen Höchststand. Somit stieg auch deren geringfügige Beschäftigungsquote auf den bisherigen Maximalwert von 23,6 %. Die entsprechende Quote geringfügig beschäftigter Deutscher betrug im Jahr 2009 dagegen nur 17,4 %. Der Abstand zwischen den geringfügigen Beschäftigungsquoten von ausländischen und deutschen Arbeitnehmern nimmt seit Jahren zu und belief sich im Jahr 2009 auf 6,3 Prozentpunkte. Damit lag die Differenz beider Quoten auch deutlich über dem Durchschnitt der vorangegangenen zehn Jahre (3,1 Prozentpunkte), weshalb das Ergebnis 2009 mit dem Minimalscore von -2 bewertet wurde (-1 Zähler gegenüber 2008).

Internationale Verantwortung

Im Vergleich zum Zehnjahresdurchschnitt gab es bei den Basisindikatoren für das Schlüsselthema Internationale Verantwortung im Jahr 2009 insgesamt eine leicht negative Entwicklung (Score -0,3; -1,3 Zähler gegenüber 2008). Dies ist vor allem auf den deutlichen Rückgang der Importe aus Low Income Countries zurückzuführen.

Der Anteil der öffentlichen Entwicklungsausgaben am Bruttonationaleinkommen Deutschlands (ODA-Quote) lag 2009 mit 0,35 % unter dem Vorjahreswert (0,38 %). Diese Abnahme beruht auf einem erheblichen Rückgang der Schuldenerlasse, der durch den deutlichen Anstieg des deutschen Entwicklungshaushaltes nicht vollständig kompensiert werden konnte. Gemessen am Durchschnittswert der ODA-Quote der vorangegangenen zehn Jahre (0,31 %) konnte dieser Basisindikator 2009 aber weiterhin ein positives Scoreergebnis erzielen (1; -1 Zähler gegenüber 2008). Das von der Politik gesteckte Ziel – die ODA-Quote bis 2010 auf 0,51 % zu steigern – dürfte angesichts der bisherigen Entwicklung nicht mehr erreicht werden.

Die Entwicklung der Warenimporte Deutschlands aus Ländern mit niedrigem Einkommen (Low Income Countries, LIC) wurde im Jahr 2009 massiv durch die Wirtschaftskrise geprägt. Mit einem Rückgang von 7,7 % zum Vorjahr zeigten sich die Importe aus LIC allerdings deutlich stabiler als die Gesamtimporte Deutschlands (-16,4 %) oder die Importe Deutschlands aus den Entwicklungsländern insgesamt (-17,1 %). Vor dem Hintergrund, dass die Importe aus LIC in den vorangegangenen zehn Jahren im Durchschnitt um 9,7 % pro Jahr gewachsen sind, fiel die Nachhaltigkeitsbewertung für diesen Basisindikator jedoch im Jahr 2009 kräftig um zwei Zähler auf den Minimalscore von -2. Wichtigste Handelspartner unter den Ländern mit niedrigem Einkommen waren 2009 Vietnam (24 % der Importe Deutschlands aus LIC), Bangladesh (21 %) und Nigeria (13 %). Insgesamt lagen die Importe aus LIC bei 9,4 Mrd. EUR (1,4 % der deutschen Gesamtimporte).

Der aktuellste Wert der Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in Ländern mit niedrigem Einkommen bezieht sich auf das Jahr 2008 und reflektiert daher im Unterschied zu den Importen noch nicht die Auswirkungen der Wirtschaftskrise. Das Bestandsvolumen deutscher Direktinvestitionen in LIC stieg 2008 noch um 5,5 % auf insgesamt 635 Mio. EUR (0,07 % der gesamten deutschen Direktinvestitionen) und lag damit in der Entwicklung etwa auf dem Durchschnittsniveau der vorangegangenen zehn Jahre (Score 0; -1 Zähler gegenüber dem Vorjahr).